

Antrag 504/II/2022

Ini

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)

Initiativantrag: Zivilgesellschaftliches Engagement stärken und Bündnisarbeit wieder priorisieren!

- 1 Wir fordern den Landesvorstand der Berliner SPD und ins-
2 besondere die Landesgeschäftsführung und Landeskas-
3 sierung der Berliner SPD dazu auf, bürgerschaftliches En-
4 gagement und Bündnisarbeit wieder personell und finan-
5 ziell stärker zu unterstützen. In der Finanzplanung müs-
6 sen die nötigen Mittel vorgehalten werden, um in den
7 Bündnissen nicht nur anwesend zu sein, sondern auch den
8 der Sozialdemokratie anstehenden Teil der Organisations-
9 kosten (z.B. Flyer, Mobilisierung etc.) zu tragen.
- 10 Der Landesvorstand möge hierzu bis zum Jahresende eine
11 Aufstellung der formellen und/oder informellen Mitglied-
12 schaften in Bündnissen aufstellen und den Mitgliedern
13 der Partei ein tragfähiges Konzept vorlegen, das mindes-
14 tens Antworten auf die nachstehenden Punkte vorträgt:
15
- 16 1. Klare Benennung von Verantwortlichen im LaVo für
17 a) Bündnisarbeit, Bündnisbeteiligung und -teilnahme,
18 insbesondere für Bündnisse gegen Rechts
19 b) Frühzeitigen Kontakt und Mitwirken in Volksbegeh-
20 ren/-entscheiden
21 c) Demonstrationsvorbereitung
22 d) CSD-Saisonunterstützung
23 e) Innerverbandliche Bildung zu Aktionsformaten, bspw.
24 Demonstrationstrainings
25
- 26 2. Die Kontakte zu antifaschistischen Organisationen und
27 Strukturen haben in den letzten Jahren stark abgenom-
28 men, wodurch die SPD zunehmend auch nicht mehr an
29 breiten antifaschistischen Bündnisstrukturen beteiligt ist.
30 Dies gilt es zu ändern. Der Landesvorstand wird aufge-
31 fordert, alte Kontakte neu zu knüpfen und Gespräche zu
32 antifaschistischen Organisationen und Bündnissen zu su-
33 chen, um neue Formen der Bündnisbeteiligung zu evalu-
34 ieren und aufzubauen. Hierüber ist in geeigneter Form zu
35 berichten.
36
- 37 3. Die zuletzt präsentierten finanziellen Mittel für die-
38 se Positionen waren unzureichend, so konnte in diesem
39 Jahr insbesondere die Beteiligung an Veranstaltungen der
40 CSD-Saison nicht immer in angemessener Weise sicherge-
41 stellt werden. Ebenso fehlen oft die Mittel im Land und
42 in den Bezirken, um z.B. die Produktion von Flyern in der
43 Bündnisarbeit angemessen mitzutragen. Hierzu möge die
44 Landeskassierung einen Plan vorlegen, wie diese Miss-
45 stände behoben werden können.
46
- 47 4. Viel Organisationsarbeit wird derzeit von einzelnen
48 Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften oder Einzelperso-

49 nen geleistet, oft im Ehrenamt. Die Landesgeschäftsfüh-
50 rung wird aufgefordert ein Konzept vorzulegen, wie diese
51 Personen durch die Hauptamtlichen im Land und in den
52 Bezirken stärker unterstützt und Vernetzungsmöglichkei-
53 ten ausgebaut werden können, zum Beispiel durch daten-
54 schutzkonforme Ausweitung der zielgruppenspezifischen
55 Ansprachemöglichkeiten über E-Mailverteiler.

56

57 **Begründung**

58 Als Hauptstadtpartei muss es unser Anspruch sein, an der
59 Willensbildung der Stadtgesellschaft mitzuwirken und
60 nicht nur nach Volksbegehren darauf zu reagieren. Eben-
61 so ist und sollte es der SPD, als Partei des Demokratischen
62 Sozialismus mit einer langen antifaschistischen Tradition,
63 eine besondere Verpflichtung sein z.B. bei Demonstrationen
64 gegen Rechts, gegen Angriffskriege, für Frieden, sexuelle
65 Selbstbestimmung, eine diverse Gesellschaft oder
66 am 01. Mai und 08. März nicht nur mitzulaufen, sondern
67 die vielfältigen Talente und Verbindungen in die Organi-
68 sation von Großveranstaltungen und die entsprechenden
69 Bündnisse wieder stärker und zentraler einzubringen.

70

71 Als SPD und Jusos stellen wir die größten und mitglieds-
72 stärksten Parteistrukturen in Berlin dar. Damit ziviler Wi-
73 derstand gegen Rechts auf stabilen Füßen steht und sein
74 volles Mobilisierungspotential entfalten kann, braucht es
75 Parteien wie die SPD, die sich nicht nur finanziell, son-
76 dern auch personell in zivile Bündnisse einbringen und
77 auch die eigenen Mitglieder aktiviert. Wenn große Mobi-
78 lisierungsstrukturen wie Parteien wegfallen, können ge-
79 sellschaftliche Bündnisse nicht ihre vollen Möglichkeiten
80 entfalten und gegen gut organisierte, rechte Strukturen
81 nicht bestehen. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir müs-
82 sen wieder Teil linker Bündnisse werden. Dafür braucht
83 es ein neues Aktionsbewusstsein innerhalb unserer Par-
84 tei, denn emanzipatorische und antifaschistische Kämpfe
85 werden nicht nur in den Parlamenten, sondern auch auf
86 den Straßen entschieden!